

• **Basler Zeitung**

Das dicke Ende der Energiewende

Forscher, deren Arbeit vom Bund finanziert wird, fordern Umerziehungsprogramme und staatliche Agenten.



Hohe Kosten, viel Verzicht. Was Doris Leuthard im Abstimmungskampf als «Unsinn» abtat, könnte bald Realität sein. Bild: Keystone

*Alex Reichmuth*Bern29.01.2018

Sie sei «schon etwas baff» über gewisse Gegenargumente, sagte **Doris Leuthard** letztes Jahr vor der Abstimmung über das neue Energiegesetz. «Manche Behauptungen sind einfach Unsinn», so die Bundesrätin. Es ging damals um das erste Paket zur Umsetzung der Energiestrategie 2050, die der

Bund nach dem AKW-Unfall in Fukushima aufgegleist hatte. Nebst dem Verzicht auf die Atomkraft sieht die Strategie vor, den Energiekonsum pro Kopf um satte 43 Prozent zu reduzieren.

Die Gegner der «Energiewende» hatten vor jährlichen Zusatzkosten von über 3000 Franken pro Haushalt und vor «staatlicher Umerziehung und Bevormundung» gewarnt. Die Energieziele seien nur mit Verzicht und Einschränkungen umzusetzen. Solche Aussagen entbehrten jeglicher Realität, entgegnete Stefan Batzli vom Verein «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050» in Übereinstimmung mit Leuthard. Das Volk hiess das Energiegesetz im Mai schliesslich mit 58 Prozent Ja gut.

Zwei Millionen Franken pro Jahr

Vor wenigen Tagen hat nun eine Gruppe von Psychologen, Ökonomen und Marketingforschern ein sogenanntes Weisspapier veröffentlicht, in dem sie Empfehlungen geben, wie der Energiekonsum von Haushalten durch gezielte Beeinflussung der Bevölkerung verringert werden kann. Es handelt sich um eine Publikation des Competence Center for Research in Energy, Society and Transition. Der Bund finanziert dieses Kompetenzzentrum mit mehr als zwei Millionen Franken pro Jahr. Gezeichnet haben das Papier 14 Professoren, Dozenten und Assistenten von Schweizer Hochschulen unter der Leitung von Paul Burger, Leiter des Fachbereichs Nachhaltigkeitsforschung der Universität Basel.

Ob Energieministerin Leuthard angesichts der Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe erneut «baff» ist, ist nicht bekannt. Anlass zu Stirnrunzeln geben die Tipps aber auf jeden Fall. «Die bisher unternommenen Bemühungen zur Effizienzsteigerung reichen (...) nicht aus, um eine substantielle Reduktion des Energieverbrauchs zu erzielen», halten die Autoren eingangs fest. Der Weg, um den Energiekonsum bis 2050 um 43 Prozent pro Kopf zu reduzieren, sei «noch immer lang und steinig».

Den angestrebten Zielen stünden das Wachstum der Bevölkerung, die Zunahme von Einpersonen-Haushalten und der Einsatz von immer mehr elektrischen Geräten im Weg. Zudem existierten in der Bevölkerung «wichtige Barrieren zur Realisierung von Effizienzpotenzialen», wie etwa «schwierig aufzubrechende Routinen, fehlendes Wissen, Werthaltung oder Emotionen». Um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen, seien darum Anstrengungen notwendig, «die weit über diejenigen hinausgehen, die bisher im Gesetz formuliert sind». Die Schweiz müsse auf «Reduktionsprogramme» setzen,

wird im Papier gefordert. Es werden Möglichkeiten diskutiert, um die Bevölkerung zu manipulieren, damit sie Energie spart.

Mit der Reduktion des Verbrauchs verringere sich «nicht zwingend» die Lebensqualität, schreiben die Autoren. Ein Drittel der Energie in Haushalten werde heute ohne Nutzen verbraucht, etwa wegen der Standby-Funktionen von Geräten oder dem Beheizen unbenutzter Räume. Zudem zeige die Forschung, «dass ein Mehr an monetärer bzw. materieller Ausstattung ab einem gewissen Niveau die Menschen nicht wirklich glücklicher macht». Es gebe «Grenzen» punkto individueller Lebensweisen, denn die Energieversorgung sei «wenigstens partiell ein öffentliches Gut». Das legitimiere den Staat, auf eine Reduktion des Energieverbrauchs in den Haushalten hinzuwirken, steht im Papier.

«Die Menschen nutzen oft (...) vereinfachte Denkstrategie», stellen die Autoren mit paternalistischer Attitüde fest. Unter anderem seien Werte, soziale Normen und Emotionen der Grund für inkonsequentes Energieverhalten. Im Weisspapier empfehlen sie darum einerseits «zielgruppenspezifische Massnahmen». Die Bevölkerung sei in «Segmente» zu unterteilen, etwa punkto Alter, Einkommen, Charakter oder sozialer Gruppen, und diese Segmente müssten gezielt angesprochen werden.

Weiter brauche es «informationsbasierte Ansätze». In Frage kämen regelmässige Rückmeldungen zum persönlichen Energieverbrauch, etwa mittels Smart-Meters, sowie «Vergleiche zu Nachbarn/Peers». «Informationen sollten auch hervorstechen, beispielsweise mittels sinnlicher Reize», schreiben die Autoren, ohne konkreter zu werden. Feedbacks an die Energiekonsumenten sollten wenn möglich mit Vorschlägen zur Verbrauchsreduktion verbunden sein.

Bürger sollen «gestupst» werden

Wichtig seien zudem sogenannte Nudges, zu Deutsch «Stupser». Darunter werden Massnahmen verstanden, die sparsames Verhalten ohne Zwang begünstigen – etwa indem Elektrizitätswerke ihren Kunden standardmässig sogenannten Ökostrom liefern, oder dass bei Printern die Option «zweiseitig drucken» voreingestellt ist.

Weiter schlägt das Weisspapier Kantonen und Kommunen vor, auf «Mittelspersonen» zu setzen. Vereinsfunktionäre, Hilfswerksvertreter oder

Laufbahnberater könnten auf vielerlei Weise Einfluss auf Individuen nehmen. Städte sollten etwa mit Sportvereinen zusammenarbeiten, um die Nutzung von Velos statt Autos bei Freizeitaktivitäten zu fördern. Lebensereignisse wie der Beginn eines Studiums oder der Wechsel der Arbeitsstelle böten ebenfalls «Gelegenheiten für Veränderungen von Routinen».

Berater bei solchen Entscheidungen «haben oft eine Vertrauensposition inne und können deswegen als Mittelspersonen Möglichkeiten für ein energieeffizienteres Verhalten vermitteln» – etwa punkto Wahl des Wohnorts oder der Wohnform, hält das Papier fest. Bei der Einflussnahme durch Mittelspersonen sei das «spassreiche Erfahrbarmachen von Neuem» wichtig. Sollten solche Massnahmen umgesetzt werden, ist man also im Kontakt mit aufgestellten Sporttrainern oder flotten Berufsberatern nie sicher, ob man nicht Agenten des Staates vor sich hat, die für das Energiesparen missionieren.

Doch noch ein Bananen-Verbot?

Es handelt sich beim Weisspapier nicht um den ersten Versuch, die Umerziehung der Bevölkerung mit Bundesmitteln zu propagieren. Vor drei Jahren hat der Schweizerische Nationalfonds auf Geheiss des **Bundesrats** das millionenschwere Nationale Forschungsprogramm «Steuerung des Energieverbrauchs» (NFP 71) gestartet. Auch dort wird «erforscht», mit welchen Psychotricks die Bevölkerung dazu gebracht werden kann, Energie zu sparen. Es geht im NFP 71 unter anderem um Informationskampagnen, preisliche Anreize und den Einsatz von Gruppendruck.

Die Bevölkerung reagiert erfahrungsgemäss aber ablehnend auf Indoktrination. Versuche zur Bevormundung scheitern in der Regel. Möglicherweise setzt der Bund am Ende doch auf Vorschriften statt auf subtile Verhaltenslenkung, um die radikalen Energieziele durchzusetzen. Vielleicht ist die Warnung der Gegner des Energiegesetzes, nach einem Ja könnte der energieintensive Import von Bananen verboten werden, doch nicht aus der Luft gegriffen. (Basler Zeitung)